



Änderungsantrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordneten des SSW

Sicherung von Tatspuren bei sexueller Gewalt

Drucksache 18/ 605

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechtes von Opfern sexueller Gewalt das niedrigschwellige Angebot der ärztlichen Sicherung von Tatspuren ohne Strafanzeige auszubauen.

Dafür soll das Institut für Rechtsmedizin dahingehend gestärkt werden, dass dieses eigenständig oder in Kooperation mit Frauenberatungsstellen und/oder Beratungsstellen gegen sexuelle Gewalt, sowie Kliniken und niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte ein entsprechendes Angebot vorhalten kann.

Ziel muss es sein, die erhobenen Befunde und Daten fachgerecht und rechtssicher bis zum Zeitpunkt der Verjährung zu lagern, um ein beweissicheres Strafverfahren auch zu einem späteren Zeitpunkt zu gewährleisten.

Simone Lange
und Fraktion

Burkhard Peters
und Fraktion

Lars Harms
für die Abgeordneten des SSW